

„Kämpfen bis zum Schluss“

Gegner des Straßenausbaus haben wahlwerbende Parteien um ihre Stellungnahme gebeten.



V. l. Ing. Christian Simbürger, Sabine Bauer, Ing. Peter Hasler und Dr. Herbert Haller.

Eines stellen die vier Sprecher der 16 Bürgerinitiativen gleich klar: „Wir werden bis zum Letzten kämpfen“, gegen den Ausbau der B 317 zu einer Schnellstraße in Verlängerung der durch das Murtal geplanten Weiterführung der S 36 ab Judenburg.

Diskussionsrunden, Kundgebungen, Informationsabend etc. wurden in den letzten Monaten durchgeführt, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und mobil zu machen. Jetzt haben die Bürgerinitiativen die AK-Wahlen zum Anlass genommen, um den wahlwerbenden Gruppen sowie den Regionalstellen der Wirtschaftskammer auf den Zahn zu fühlen und ihnen 8 Fragen zum Schnellstraßenbau S 37 übermittelt. Die Ergebnisse, wurden Montagvormittag in Neumarkt präsentiert.

Zum Ausbau bekennen sich eindeutig die Wirtschaftskammer, die Sozialdemokratischen Gewerkschafter und der ÖAAB-Liste Franz Gosch.

„Die Befürworter nennen Argumente aus dem vorigen Jahrhundert wie „die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes hängt Großteils von der Erreichbarkeit ab“, wundert sich Ing. Peter Hasler genauso wie über die Antwort der Wirtschaftskammer, die meint, dass „Schon vor einer möglichen Fertigstellung der Autoverkehr praktisch abgasfrei unterwegs ist und es selbstverständlich möglich ist, die Verwendung solcher abgasfreier Fahrzeuge für die Naturparkregion zwingend vorzuschreiben“.

Weiterhin Aufklärungsarbeit betreiben

Laut Bürgerinitiativen würde durch den Vollausbau genau das Gegenteil passieren. „Die regionale Wirtschaft würde geschwächt werden und durch den Ausbau würden wir uns, aufgrund der Abgase und des Feinstaubes noch weiter vom Kyoto-Protokoll entfernen, als uns ihm anzunähern“, so die Sprecher. Rückendeckung bekommen die Bürgerinitiativen von den Freiheitlichen Arbeitnehmern, den Alternativen und Grünen Gewerkschaftern sowie der Liste Kaltenbeck, die die S 37 klar ablehnen.

Die Bürgerinitiativen wollen weiterhin Aufklärungsarbeit betreiben, denn „immerhin sind alle Bewohner entlang der Mur/Mürzfurche von diesem Ausbau und dem damit verbundenen Verkehrsaufkommen massiv betroffen“, so Ing. Christian Simbürger.

Die Bürgerinitiativen, denen auch Dr. Herbert Haller, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes

angehört, fordern eine neue, methodisch einwandfreie strategische Prüfung durch das Bundesministerium. „Die vorliegende strategische Prüfung wurde nach Meinung unserer Experten schlecht gemacht bzw. getürkt. Argumente des Landwirtschaftsministeriums gegen einen Ausbau, wurden schlichtweg unter den Tisch gekehrt“, so Haller.

Außerdem habe sich Österreich im Rahmen der sogenannten „Alpenkonvention“ Ende 2000 dazu bereiterklärt, auf den Bau neuer, hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr zu verzichten.

„Die Asfinag bestreitet natürlich, dass es sich beim Ausbau der B 317 um eine neue alpenquerende Straße handelt. Letztendlich ist der Lückenschluss zwischen S 36 und S 37 aber nichts anderes. Neu sind sowohl die Trasse als auch die Erweiterung der Fahrspuren - also handelt es sich naturgemäß um einen Neubau“, so Haller. Und sollte eine Bemaatung der Strecke erfolgen, fürchten die Bürgerinitiativen eine signifikante Zunahme an Mautflüchtlingen entlang der alten Bundesstraßen.

20.000 Unterschriften haben die Bürgerinitiativen bislang gesammelt. „Viele von uns kämpfen mit Fachverstand und noch mehr mit gesundem Hausverstand - wir werden uns mit Sicherheit zu nichts überreden lassen. Die, die sich uns anschließen werden am Ende mit uns feiern“, sind sich die Straßengegner einig.

Autor: Martina Bärnthaler

18.03.2009 14:55 Uhr

[Kommentieren](#)

[Drucken](#)